



Wir sagen JA zu Europa!

POSITIONEN ZUR EUROPAWAHL 2019



DEHOGA





Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten,
sehr geehrte Mitglieder,

mit den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie der Neubesetzung der EU-Kommission wird 2019 zu einem entscheidenden Jahr für Europa. Mit großer Sorge beobachten wir in vielen europäischen Ländern ein starkes Anwachsen europakritischer Parteien. Unsere Branche aber lebt von Völkerverständigung, freien Grenzen, einem starken gemeinsamen Wirtschaftsraum sowie der Mobilität von Gästen und Mitarbeitern. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Im europäischen Gastgewerbe arbeiten fast zwölf Millionen Menschen in zwei Millionen Unternehmen. Die Tourismuswirtschaft insgesamt ist der drittgrößte Arbeitgeber in Europa. Wir sind mitentscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas und seine wirtschaftliche Stabilität. Gerade deshalb sieht sich auch das Gastgewerbe in der Verantwortung für die Europäische Union, damit diese eine Erfolgsgeschichte bleibt.

Mit den vorliegenden Positionen bringen wir unsere Branchenanliegen auf europäischer Ebene auf den Punkt. Bei vielen Bürgern herrscht der Eindruck vor, dass Gesetze und Maßnahmen aus Brüssel häufiger als nötig den Alltag erschweren. Deshalb muss sich Europa in der kommenden Legislaturperiode darauf fokussieren, pragmatische, bürgernahe und wirtschaftsfreundlichere Lösungen zu bieten. Ein starkes Europa braucht schlanke Strukturen, weniger Bürokratie und eine intelligenteren Rechtsetzung. Wir stehen für europäische Lösungen – da, wo sie sinnvoll sind.

POSITIONEN ZUR EUROPAWAHL 2019



Für unsere Branche ist es von großer Bedeutung, dass unsere Anliegen von den europäischen Institutionen bei der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Wir als Unternehmer in Hotellerie und Gastronomie beteiligen uns daher gerne an der Debatte über die europäischen Weichenstellungen. Seien Sie versichert, uns liegt die Zukunft der EU am Herzen. Wir sagen Ja zu Europa, das Bürgern wie Unternehmern spürbare Mehrwerte bietet, und rufen die Branche auf, am 26. Mai zur Wahl zu gehen.

Sicher ist: Bei Wahlentscheidungen kommt dem Gastgewerbe auch als Politikvermittler eine wichtige Aufgabe zu. Nirgendwo sonst wird so leidenschaftlich über Politik diskutiert wie an unseren Theken und Stammtischen.

Mit freundlichen Grüßen

Guido Zöllick

Präsident DEHOGA Bundesverband

Otto Lindner

Vorsitzender Hotelverband Deutschland (IHA)







Gastronomie und Hotellerie in Europa



11,9 Mio.

BESCHÄFTIGTE

605 Mrd.

EURO JAHRESUMSATZ

1,9 Mio.

UNTERNEHMEN

Gastronomie und Hotellerie in Deutschland



2,4 Mio.

BESCHÄFTIGTE

89 Mrd.

EURO JAHRESUMSATZ

223.000

UNTERNEHMEN



Europa steht vor großen Herausforderungen

Vom 23. bis 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, bei der die Bürger der Europäischen Union die Möglichkeit haben, über die europäische Politik der kommenden Jahre mitzuentcheiden. In den vergangenen zehn Jahren hatte die Europäische Union eine einzigartige Bewährungsprobe zu bestehen. Die europäische Staatsschulden- und Finanzkrise hat die Europäer vor große Herausforderungen und ihre Solidarität auf eine harte Probe gestellt. Der Brexit, die Migrationsherausforderungen und das Anwachsen radikalisierender Strömungen in den Mitgliedstaaten fordern den europäischen Gedanken zusätzlich heraus. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen aus Fehlentwicklungen die richtigen Lehren ziehen.

Die kommende Legislaturperiode des Europäischen Parlaments ist daher entscheidend: Es gilt dabei, die Bürger Europas mitzunehmen. Der Glaube an Europa und an unsere gemeinsamen Werte und Ziele muss wieder gestärkt werden. Es kommt darauf an, dass Europa die großen Herausforderungen annimmt und dafür Lösungen schafft.



Europa ist für das Gastgewerbe unverzichtbar

Gerade die Tourismusbranche profitiert von der Europäischen Union: Frieden, Stabilität, offene Grenzen, Freizügigkeit, Toleranz, Vielfalt, Völkerverständigung, Mobilität der Gäste und Mitarbeiter, Internationalität – all das sind Begriffe und Grundsätze, für die der Tourismus und das Gastgewerbe stehen.

Im europäischen Gastgewerbe arbeiten 11,9 Millionen Menschen in fast 1,9 Millionen Unternehmen. Zusammen mit den anderen Sparten der Tourismuswirtschaft ist das Gastgewerbe der drittgrößte Arbeitgeber in Europa. Die Branche ist zudem europaweit Mittelstand pur – 90 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als zehn Personen.

Gerade das Gastgewerbe hat daher ein vitales Interesse daran, dass Europa auch künftig wettbewerbsfähig und stark bleibt. In Anbetracht europafeindlicher Tendenzen setzen wir auf ein Europa, das die großen Zukunftsaufgaben anpackt und zugleich bewährte Strukturen auf nationaler Ebene schützt.

Mittelstand in Europa stärken

Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, zu denen auch das Gastgewerbe gehört, sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die Betriebe schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, versorgen die Bürger mit Produkten und Dienstleistungen vor Ort. Es müssen daher die Belange der mittelständischen Unternehmen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren angemessen berücksichtigt werden.

Zu den zentralen Herausforderungen zählen die Fach- und Arbeitskräftesicherung, die Reduzierung bürokratischen Aufwands und faire Wettbewerbsbedingungen auf zunehmend digitalisierten Märkten.

Von entscheidender Bedeutung ist eine an der betrieblichen Praxis ausgerichtete EU-Politik, die dem Mittelstand die Aufmerksamkeit widmet, die seiner Leistungsfähigkeit angemessen ist. Denn gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind es, die die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort prägen.



Subsidiaritätsprinzip leben

Die Europäische Union muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die EU sollte dabei nur das regeln, was in den Mitgliedstaaten nicht wirksam geregelt werden kann. Deshalb sind die sorgfältige Auswahl der Zuständigkeiten und ihre richtige Ausübung durch die europäischen Institutionen von entscheidender Bedeutung. Wenn Brüssel Kompetenzen in Angelegenheiten, die besser auf nationaler Ebene geregelt werden können, an sich zieht, führt das zwangsläufig zu Europaskepsis bei den Bürgern. Was national besser geregelt werden kann, sollte in Brüssel gar nicht erst auf die Agenda kommen.

So liegt nicht ohne Grund die Zuständigkeit für die Arbeits- und Sozialpolitik politisch wie rechtlich ausdrücklich bei den Mitgliedsstaaten. Die EU darf lediglich ergänzen. Gleichwohl gibt es 60 Richtlinien und Verordnungen. Für zusätzliche Regulierungen auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts gibt es keinen Bedarf.

Die EU sollte nur dort und nur dann tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen oder wenn sich gemeinsame politische Ziele besser und effizienter auf EU-Ebene erreichen lassen. Unser Ziel muss der Respekt für die Vielfalt in Europa sein. Sie ist auch die Basis für den Tourismus.

■ **Konkret fordern wir die konsequente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.**



Weniger Bürokratie und Reglementierung

Viele Bürger und Unternehmen haben den Eindruck, dass Gesetze und Maßnahmen aus Brüssel – bürokratische Auflagen und falsch verstandene Harmonierungsinitiativen – immer öfter den Alltag erschweren und nicht die eigentlichen Probleme lösen. Dies gilt auch für das Gastgewerbe. Für die Akzeptanz der EU ist es zwingend notwendig, dass Brüssel nur über solche Themen entscheidet, die wirklich auf europäischer Ebene klärungsbedürftig sind.

Es gibt viele Beispiele, warum Bürger und Unternehmen Europa zu oft als bürokratisch und wirklichkeitsfremd wahrnehmen. Für das Gastgewerbe seien hier nur einige Beispiele aus jüngster Zeit genannt, die für großen Unmut in der Branche und Unternehmerfrust sorgen:

■ **Pauschalreise-Richtlinie:**

Die EU hat eine Reihe typischer Hoteldienstleistungen zu „Pauschalreisen“ deklariert und mit enormen Dokumentationspflichten und Sicherungsaufgaben überzogen. Das hat dem Verbraucherschutz wenig gedient, die Hotellerie aber mit neuer Bürokratie überzogen.

■ **Richtlinie über transparente Arbeitsbedingungen:**

Die europäischen Institutionen wollen eine Verschärfung der Nachweispflicht bei Arbeitsverträgen und härtere Sanktionen. Das benachteiligt insbesondere kleine Unternehmen ohne Personalabteilung.

■ **Acrylamid-Verordnung („Pommes-Ampel“):**

Die EU hat eine Verordnung für den Bräunungsgrad von Pommes Frites beschlossen. Durch unsaubere Formulierungen der Verordnung stehen mittelständische Betriebe auch noch vor der Frage, ab wann sie als „groß“ gelten, um noch schärfere Anforderungen erfüllen zu müssen.



■ **Reduzierung von Transfetten:**

Die EU-Kommission will einen Höchstwert für Transfettsäuren in Lebensmitteln festlegen. Gastronomische Betriebe können Höchstwerte jedoch nur einhalten, wenn die an sie gelieferten Lebensmittel (z.B. Öl) ebenfalls die Höchstwerte einhalten. Dies übersah die Kommission im ersten Gesetzentwurf.

■ **Kostenlose Abgabe von Leitungswasser in Restaurants:**

Die EU-Kommission will die kostenlose Abgabe von Leitungswasser in Restaurants fördern und greift damit in die Berufs- und Vertragsfreiheit der gastgewerblichen Unternehmer ein. Es muss jedem Unternehmer frei überlassen sein, ob er Leitungswasser an die Gäste kostenlos abgeben möchte.

Aufgabe der EU-Politik muss es sein, insbesondere den meist mittelständischen Unternehmen des Gastgewerbes mehr Spielräume für die eigene Wirtschaftsdynamik zu geben und ihnen nicht immer mehr Bürokratie aufzubürden. Unternehmertum braucht Freiräume statt immer neuer Fesseln in Form von immer mehr Auflagen. Europäische Gesetzgebung darf daher schon gar nicht erfolgreich funktionierende Regelungen in den Nationalstaaten außer Kraft setzen. Sofern Regeln notwendig sind, müssen diese dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Auf unnötig detaillierte Regelungen ist in Brüssel zu verzichten. Gefragt sind pragmatische Lösungen, die uns Luft und Zeit lassen, das zu tun, was wir am besten können – gute Gastgeber zu sein.

Fakt ist: Europaweit ist die Reduzierung von Bürokratiekosten und ein Abbau von Reglementierungen ein zentraler Schlüssel, um Unternehmen und Beschäftigung im globalen Wettbewerb zu fördern. Für eine bessere Gesetzgebung und weniger Bürokratie fordern wir zudem die Einführung eines Normenkontrollrats auf europäischer Ebene.

Aufklärung statt Bevormundung

Die EU hat in den letzten Jahren eine Reihe von Gesetzesvorschlägen mit dem Ziel vorgelegt, einen gesünderen Lebensstil zu fördern. Neben Initiativen zur Reglementierung des Alkohol- und Tabakkonsums werden vermehrt auch Steuern auf sogenannte ungesunde Lebensmittel diskutiert und bereits auf nationaler Ebene eingeführt. Zudem gibt es immer mehr Bestrebungen, Lebensmittel nach ihrem „Gesundheitsgrad“ zu klassifizieren und zu kennzeichnen.

Wir sagen jedoch „Nein“ zu immer neuen europäischen Gesetzesinitiativen, die die Bürger erziehen und ihnen vorschreiben wollen, was und wie sie zu essen und zu trinken haben. Mit gezielten Präventions- und sinnvollen Aufklärungsmaßnahmen lässt sich einer Überregulierung vorbeugen und die Eigenverantwortlichkeit der Verbraucher nach dem Leitbild des mündigen Bürgers stärken.



Fachkräftesicherung auf europäischer Ebene

Mit dem fortschreitenden demografischen Wandel in Europa wird der Ausgleich von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage künftig noch schwerer fallen. Obwohl in einigen Ländern eine hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht, bleiben viele Stellen in Europa unbesetzt.

Das Ziel in Europa muss deshalb eine hohe Beschäftigungsquote, eine gute Ausbildung und der Abbau beruflicher Schranken sein. Die Mobilität der Arbeitskräfte muss verbessert werden. Das deutsche System der dualen Ausbildung ist ein europaweit anerkanntes Modell, das als „Best Practice“ beispielgebend für andere Länder sein kann.

Die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Abschlüsse muss transparent gemacht und die Durchlässigkeit weiter verbessert werden. Auf allen Ebenen muss gelten: Entscheidend ist, was jemand kann, und nicht, wo und wie lange er gelernt hat.

Erfolgreiche europäische Arbeitsmarktpolitik bedeutet nicht, mit mehr europäischen Institutionen wie der europäischen Arbeitslosenversicherung, mit neuen Dokumentationsauflagen oder mit einem immer enger werdenden arbeitsrechtlichen Korsett die Unternehmen weiter zu knebeln. Für einen zukunftsfähigen europäischen Arbeitsmarkt muss Europa stattdessen die Weichen stellen für mehr Flexibilität und Mobilität.

Fairer Wettbewerb im digitalen Markt

Globale digitale Plattformen gestalten und dominieren auch die analogen Märkte. Dies führt zu einer beispiellosen Konzentration von Marktmacht. Es besteht die Gefahr einer Monopolisierung durch nur wenige internationale Konzerne.

Davon betroffen ist auch das Gastgewerbe. Im Zuge dieser Entwicklung sehen sich insbesondere die Beherbergungsbetriebe auf dem Gebiet der digitalen Distribution, der Online-Bewertungen und der Metasuchmaschinen immer öfter mit monopolistischen Marktstrukturen und Übergriffen auf ihre Raten-, Vertriebs- und Produkthoheit konfrontiert. Dies schadet zunächst insbesondere dem mittelständisch geprägten Beherbergungsgewerbe – und letztlich durch fehlende Transparenz und unfairen Wettbewerb auch dem Verbraucher. Auch im Bereich der sogenannten „Sharing“-Plattformen wie Airbnb sieht die Branche politischen Handlungsbedarf.

Der europäische Gesetzgeber ist aufgerufen, einen Ordnungsrahmen für die Plattformökonomie zu gestalten, der monopolistischen Strukturen aktiv entgegenwirkt. Zudem muss er ein „level playing field“ gewährleisten zwischen Anbietern des klassischen Beherbergungsgewerbes und seinen vermeintlich disruptiven Herausforderern. Erforderlich sind gleiche Rechte und Pflichten für alle Marktteilnehmer.



Ganzjährige Sommerzeit bei Zeitumstellung

Die EU-Staaten und das Europaparlament beraten derzeit über die Abschaffung der Zeitumstellung. Wichtig dabei ist, dass unterschiedliche Zeiten im europäischen Binnenmarkt den grenzüberschreitenden Verkehr und den Tourismus nicht erschweren dürfen.

Sollte die Zeitumstellung abgeschafft werden, spricht sich das Gastgewerbe für die Einführung einer ganzjährigen Sommerzeit aus. Die langen und hellen Abende werden von Gästen gerne genutzt, um den Tag im Freien ausklingen zu lassen.

Sollte dagegen die ganzjährige „Winterzeit“ eingeführt werden, überwiegen die Nachteile für Gäste und Unternehmen, da es von Ende März bis Ende Oktober eine Stunde früher dunkel wird. Dies würde im Gegensatz zur ganzjährigen Sommerzeit einen Verlust an Lebensqualität mit sich bringen, ebenso sind Umsatzverluste in der Außengastronomie zu erwarten.

Im Falle des Endes der Zeitumstellung plädieren wir für eine ganzjährige Sommerzeit. Die Neuregelung darf jedoch nicht zu einem Flickenteppich unterschiedlicher Zeitzonen innerhalb Europas führen.

**Herausgeber**

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.
(DEHOGA Bundesverband)
Verbändehaus Handel-Dienstleistung-Tourismus
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin

Fon 030/72 62 52-0
Fax 030/72 62 52-42

Verantwortlich sowie Ansprechpartner

Ingrid Hartges,
Hauptgeschäftsführerin DEHOGA Bundesverband
Markus Luthe,
Hauptgeschäftsführer Hotelverband Deutschland (IHA)

info@dehoga.de
www.dehoga.de

Titelfoto: Chris Ryan_iStock
Stand: April 2019